

## **Seminar: Grundfragen des kantonalen Staatsrechts und des Föderalismus mit dem Schwerpunkt Gemeinderecht**

Prof. Dr. A. Glaser/Prof. Dr. A. Kley/Dr. Chr. Rathgeb

Blockseminar im FS 2025 «Grundfragen des kantonalen Staatsrechts und des Föderalismus»

Prof. A. Glaser, Prof. Kley und Dr. Chr. Rathgeb (ehemaliger Regierungsrat des Kt. Graubünden und Präsident der KdK) werden gemeinsam das Seminar «Grundfragen des kantonalen Staatsrechts und des Föderalismus» durchführen.

Es können max. 15 Personen teilnehmen. Das Seminar muss über das Seminarbuchungstool der RWF gebucht werden.

Das Seminar findet in Zürich an der UZH statt, voraussichtlich an einem Donnerstag/Freitag im April oder Mai 2025. Der Termin wird bis Januar 2025 bekanntgegeben werden.

Die Seminararbeit muss im Frühjahr 2025 etwa drei Wochen vor dem Seminarbeginn abgegeben werden. Die Seminararbeiten müssen den formellen Anforderungen genügen, wie sie in den Merkblättern auf der Homepage des Lst. Glaser festgehalten sind. Auskünfte: [lst.glaser@ius.uzh.ch](mailto:lst.glaser@ius.uzh.ch)

### **Themenvorschläge**

#### **Schwerpunkt Gemeinderecht**

1. **Die Gemeindepräsidentin/der Gemeindepräsident als «Primus inter Pares» des Gemeindevorstands.** Ist sie/er wirklich ein «Primus inter Pares» oder doch mehr? Ausgehend von ihren/seinen Kompetenzen soll ein Vergleich zu jenen der übrigen Vorstandsmitglieder und zum Regierungspräsidium (Landammann) auf kantonaler Ebene gezogen und sollen rechtliche und faktische Unterschiede in der Stellung im Kollegium aufgezeigt und beurteilt werden.
2. **Entwicklung der kantonalen Gemeindeaufsicht: inwieweit ist die präventive Gemeindeaufsicht mit der Gemeindeautonomie noch vereinbar?** Ausgehend von einer Analyse des Umfangs und der Aufgaben sowie des Zwecks der kantonalen Gemeindeaufsicht sollen die Grenzen derselben aufgezeigt und eine Handlungsempfehlung aus wissenschaftlicher Sicht aufgestellt werden.
3. **Neue Gemeindeführungsmodelle: führen neue Führungsmodelle wie etwa das Geschäftsleitungsmodell (CEO-Modell) zu einer Entmachtung der demokratisch gewählten Gemeindevorstände und was ist bei solchen Modellen zu beachten?** Ausgehend von einer Übersicht über neuere Führungsmodelle soll eine rechtlich kritische Auseinandersetzung mit den verfassungsmässigen Aufgaben der untersten, demokratisch gewählten staatlichen Führungsebene erfolgen und eine Meinung zur aktuellen Entwicklung (im Bereich Verwaltungsführung) formuliert werden.
4. **Wie kann die Gemeinde als «Urzelle der Demokratie» weiterentwickelt werden: Stichworte: digitale Partizipation, E-Government, flexible und sachbezogene Mitwirkungsmöglichkeiten, kurze Amtszeiten, Ausbau der Mitwirkungsrechte u.a.** Ausgehend von einer Übersicht bestehender Instrumente sollen kreative Vorschläge ausgearbeitet und eine kritische Reflexion mit übergeordneten rechtlichen Vorgaben vorgenommen werden.

5. **Einführung von Stimmrechtsalter 16 auf Gemeindeebene?** Eine rechtliche und politische Auslegung soll die Grundlagen für eine kritische Betrachtung legen. Dabei sollen auch Möglichkeiten des aktiven Einbezugs der jungen Generation und Aspekte der politischen Bildung herangezogen werden.
6. **Ausländerstimmrecht auf Gemeindeebene, eine erste Bilanz:** Welche Schlussfolgerungen können aus der Einführung des Ausländerstimmrechts auf Gemeindeebene anhand von konkreten Beispielen gezogen werden?
7. **Instrumente der politischen Planung auf Gemeindeebene:** Ausgehend von einer Übersicht der Instrumente der politischen Planung und der Finanzplanung auf kommunaler Ebene soll aufgezeigt werden, wie die Planungsprozesse ablaufen und welche Mitwirkungsrechte bestehen. Zudem sollen Aussagen zur Wirksamkeit der einzelnen Planungsinstrumente gemacht werden.
8. **Einordnung der städtischen Forderungen nach mehr Mitsprache und angemessener Partizipation in der politischen Willensbildung und den Entscheidungsprozessen auf kantonaler und Bundesebene:** Ausgehend von einer Einordnung der städtischen Forderungen sollen diese rechtlich kritisch hinterfragt und Lösungsvorschläge für deren Umgang im Rahmen des aktuellen oder weiter entwickelten Staatsorganisationsrechts skizziert werden.

#### **Allgemeine Themen**

9. **Die Möglichkeiten kantonaler und kommunaler Klimapolitik (Rechtssetzung, finanzieller Förderungen, Klimanotstand usw.).** Es könnte ein oder einige Kantone und Gemeinden herangezogen werden. Wichtig ist dabei auch die Einbettung in das jeweils übergeordnete Recht.
10. **Die Zulässigkeit des Einzelfallgesetzes im kantonalen Staatsrecht.** Darstellung und Diskussion der verschiedenen Lösungen und der Praxis gemäss Bundesgericht und kant. obersten Gerichten.
11. **Das Auslandschweizerstimmrecht auf kantonaler Ebene.** Kantonale Lösungen im Vergleich zur Bundeslösung des Auslandschweizerstimmrechts.
12. **Der Kantonswechsel einer Gemeinde.** Das Beispiel des Transfers der Gemeinde Moutier vom Kanton Bern zum Kanton Jura.
13. **Die Einführung des Doppelproporz im Kanton Basel-Landschaft.** Analyse der Wahlrechtsreform für den Landrat (Parlament) des Kantons Basel-Landschaft: Defizite des geltenden Systems und Auswirkungen der Neuerung.
14. **Rechtsetzungsbefugnisse der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK).** Kritische Analyse der Gesetzgebung durch interkantonale Gremien anhand des Bundesgerichtsurteils 2C\_456/2023 vom 23. Juli 2024 (zur amtlichen Publikation vorgesehen).
15. Die **kantonale Ausgestaltung des Verhältnisses von Staat und Kirche.** Die Vereinbarkeit des Laizismus im Kanton Genf mit dem Bundesrecht anhand von BGE 148 I 160.

Hinweis: Es ist auch möglich, nach Rücksprache, ausserhalb dieser Liste eigene Themen zu aktuellen Fragen des Föderalismus und des kantonalen Staatsrechts zu bearbeiten.